

DER POLITISCHE STREIK

politischer Streik!



www.politischer-streik.de

Das Streikrecht der Bundesrepublik ist in Europa mit das rückständigste und restriktivste. Nur in England, Österreich und Deutschland ist der politische Streik illegal - ein Verbot indes nirgendwo festgeschrieben.

Die Illegalisierung erfolgt über vielfältige Inanspruchnahme auslegbarer Gesetze sowie durch sonstige Einengungen und Einschränkungen und steht im krassen Widerspruch zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO, sowie den Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und der Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta.

Die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, einzelne Arbeitgeber und wesentliche Teile der Politik versuchen die wenigen Streikrechte immer weiter einzuschränken. Große Teile der Massenmedien berichten zumeist tendenziell gegen Streiks.

Die Tarifpolitik kann eine verfehlt und neoliberale Politik nicht ausgleichen. Dadurch haben es die Gewerkschaften immer schwerer, den politisch verursachten existenzbedrohenden Verschlechterungen zu entgegnen.

Eine gesellschaftspolitische Debatte – angeführt von den Gewerkschaften, unter Einbeziehung aller fortschrittlichen Parteien, Verbände, Vereine, Stiftungen und Einzelpersonen - ist dringend erforderlich.

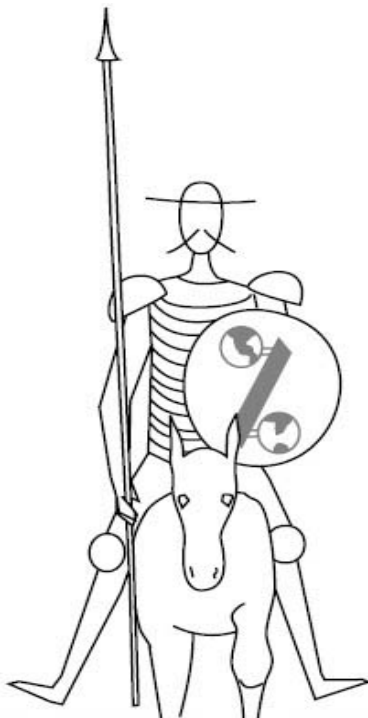
(Text auf der Basis des >Wiesbadener Apells der Gewerkschaften)

MittwochsATTACke, 30.01.13

18.00 h, Schaubühne Lindenfels

Ref.: Veit Wilhelmy.

Autor und Gewerkschaftssekretär Wiesbaden



mittwochs-
a t t a c k e n